

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

77 (8.4.1950)

UNSER TAG

Gib deine Stimme



Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 35, Chefredakteur: Hermann Jerrentrop, Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 15, Fernruf 2249, Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 42, Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 15; Lorrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,95 zuz. DM -34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 77

Ostern 1950

Preis 15 Pfg.

Die Friedenskräfte in der Welt unbezwingbar

Den Kriegsorganistoren wird die Kreuzigung der Menschheit durch einen dritten Weltkrieg nicht gelingen

Ostern 1950! Die Menschheit steht vor der furchtbaren Drohung eines dritten Weltkrieges, ohne nach dem zweiten Frieden gefunden zu haben. Atom- und Wasserstoffbomben sind Triumph der Vernichtung in den Händen weniger, aber gewissenloser Kriegstreiber, die das nicht überwundene Leid und Elend des kaum vergessenen Massenmordens nicht abschrecken konnte, erneut die Menschheit in eine noch schlimmere Katastrophe stürzen zu wollen. Für sie ist Krieg und Vernichtung Lebensentwurf. Wie Judas Ischariot Verräter an dem Heiland in der christlichen Legende ist sind es jene an der Menschheit.

Mit einer Emsigkeit ohnegleichen wird in den Hochburgen der Kriegsorganistoren in Washington, London und Paris an dem Kreuz gezimmert, das die Schaffenden u. d. Friedliebenden in der Welt unter seiner Last erdrücken soll. Nichts anderes erfüllt das Sinnen und Trachten dieser Feinde der Völker, als den Golgatha-Weg, der zur Kreuzigung führt zur Zwangsbahn im Schicksal der Menschen zu machen. Eine Reihe von Nationen ist bereits auf diesen Weg getrieben und an den Leidensstationen, die da heißen: Marshallplan, Atlantikpakt — oder für uns in Westdeutschland Besatzungs- und Ruhrstatut — vorbeigehezt worden. Das unentrinnbare Ziel auf diesem Weg ist für die Menschheit wie für das Opferlamm die Schlachtbank, das Golgatha eines dritten Weltkrieges.

Dieser verhängnisvolle Weg ist kein Muß, er ist nicht Schicksal, so wenig wie der Mensch willenloses Opferlamm ist.

800 Millionen Menschen gehen den Weg des Friedens und einer hoffnungsvollen Zukunft entgegen. Vom Herzen Europas bis an die Gestade des Stillen Ozeans ist die Menschheit im Aufbruch, um den Schaffen, dem Leben Sinn und Inhalt zu geben. Ihr Planen und Denken gilt dem Glück und nicht der Vernichtung der Menschheit. Sie zeugen für die Wahrheit: Der Sozialismus wird die Menschheit sein! Sie geben den starken Impuls und die Kraft für die Millionenmasse der Unterdrückten in der westlichen Welt des Imperialismus; sie geben den von Krieg und Vernichtung Bedrohten die Gewißheit, daß ihr Kampf gegen die Menschheitsfeinde durch den Sieg gekrönt wird.

Ostern 1950! Die Friedenskräfte in der Welt sind stark. Sie sind stärker, als die Kraft der Kriegstreiber. Sie sind unbezwingbar, wenn sie entfaltet werden!

Grußbotschaft der KPF an Mao Tse Tung

Paris. (EB) Der 12. Jahreskongreß der KPF richtete eine Grußbotschaft an den Generalsekretär der KP Chinas, Mao Tse Tung, in dem es u. a. heißt:

„Der historische Sieg des chinesischen Volkes unter der ruhmreichen Leitung der KP Chinas und unter ihrer persönlichen Führung ist ein Sieg des demokratischen Lagers und aller Friedensfreunde. Dieser Sieg ruft die Begeisterung des französischen Volkes hervor und ist eine unerschöpfliche Quelle des Ansporns für unsere Partei, die für die nationale Unabhängigkeit und für den Frieden gegen die amerikanischen Brandstifter eines imperialistischen Krieges und ihrer französischen Agenten kämpft.“

Die wahre Lösung

„L'Humanité“ zur Frage einer deutsch-französischen Verständigung

Paris. (EB) „Die Verständigung mit dem deutschen Volk, einem Volk, das sich zum Herren seines Schicksals gemacht und seiner

Verführer entledigt hat, das ist die einzige und wahre Lösung der Frage der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.“ Diese Erklärung Thorez stellt die Zeitung „L'Humanité“ den Bemühungen Churchills, de Gaulles und Adenauers gegenüber, mit Hilfe einer sogenannten deutsch-französischen Union die westdeutschen Faschisten und Reaktionäre enger an die Macht- und Aggressionspolitik der imperialistischen Staaten zu ketten.

Die Außenpolitik Adenauers unterscheide sich kaum von der Hitlers. Auch Hitler habe Großbritannien gegen Frankreich und später Frankreich gegen Großbritannien ausgespielt und dabei jederzeit den Kommunismus bekämpft.

Der große Unterschied zu damals, fährt das Blatt fort, ist, daß es zum ersten Mal in der Geschichte eine deutsche Republik gibt, in der die Arbeiterklasse und die Demokraten die Macht in die Hände halten. Die Existenz dieses Deutschlands ist für die westdeutsche Reaktion bei ihrem Versuch, sich die hitlerische Außenpolitik völlig zu eignen zu machen das Haupthindernis.“

Friedensfeier

an der deutsch-polnischen Grenze

Berlin. (EB) Die Werktätigen von Frankfurt/Oder werden zur 1.-Mai-Feier Friedensfeier an der deutsch-polnischen Grenze abbrechen. Transparente in deutsch-polnischer Sprache werden für die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen beider Völker werben.

Die Belegschaft des volkseigenen Stahl- und Walzwerkes Henningsdorf hat beschlossen, am 1. Mai an der Sektorengrenze nach Westberlin Friedensfeier zu entzünden.

„Lok der Freundschaft“

Stalin schenkt den Bergarbeitern eine Lokomotive

Halle. (EB.) Im Rahmen der Arbeitstagung des Mansfelder Kupferbergbaues fand auf dem Marktplatz in Eisleben eine große Kundgebung statt. Dabei wurde den Mansfelder Kumpels als Geschenk des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Generalissimus Stalin, an die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik eine Lokomotive übergeben. Diese Lokomotive wurde von der Belegschaft des Lokomotiv-Werkes Karl Marx in Potsdam-Babelsberg Stalin zum 70. Geburtstag geschenkt. Stalin stellte die Lokomotive der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Maßgabe zur Verfügung, sie in einem wesentlichen Produktionszweig der Friedensindustrie einzusetzen. Die Lokomotive erhielt den Namen „Lok der Freundschaft“.



Mit Ostern der Beginn der Friedensoffensive!

Antworten an unsere Redaktion über die Unterschriftensammlung für den Frieden

Mannheim. (EB.) Die Unterschriftensammlung gegen den Krieg, gegen die Atombombe gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands beginnt! Aktive Friedensfreunde stehen in Arbeit, werben, organisieren, gehen von Haus zu Haus, von Familie zu Familie, von Werkbank zu Werkbank, um durch Unterschrift das „Nein für die Friedensoffensive“ und „das Ja für den Frieden“ zu bekommen. Die Friedensoffensive muß zum Erfolg führen. Sie muß das millionenfache Bekenntnis in Westdeutschland werden, daß auch hier den Organisatoren neuen Unheils der Wille begegnet, ihrem Treiben Einhalt zu tun.

Unsere Redaktion hat eine Reihe bekannter Personen um ihre Auffassung über die Anstrengungen der Friedensfreunde und den Wert der Unterschriftensammlung gegen den Krieg befragt. Wir geben aus der Fülle der Antworten nachstehend Auszüge wieder:

Heinrich Rösinger, Vorsitzender des „Internationalen Versöhnungsbundes“ in Mannheim:

„Unsere Bestrebungen erheben sich auf der Grundlage des Christentums. Die Botschaft des Christentums ist eine Botschaft des Friedens und deshalb muß jede ernsthafte Friedensbewegung auch von den Christen getragen werden. In der Unterschriftensammlung für den Frieden sehe ich eins der Mittel, um den drohenden Schrecken eines neuen Krieges begegnen zu können.“

Dr. Heiffenstein, Landtagsabgeordneter und Stadtrat der DVP:

„Ich finde, man kann nie genug für den Frieden tun. Die Unterschriftensammlung ist ein Beitrag im Kampf gegen den Krieg, den ich ablehne und verabscheue. Die Ereignisse sind ernst genug, um zur Erhaltung des Friedens alle verfügbaren Kräfte einzusetzen.“

Heinrich Brand, Betriebsratsvorsitzender der Lanz A.-G.:

„Schon der Gedanke an den Atomkrieg, mit ihm zu spielen, ist ein Verbrechen. Die Arbeiterschaft muß in der vordersten Reihe der Friedenskämpfer stehen.“

Wagner, Stadtrat der SPD und Betriebsrat von BBC:

„Im Grunde wollen die Völker den Frieden. Ich bin für radikalen Abbau aller Rüstungsindustrien in der Welt. Die Atomwaffe darf nie zur Anwendung kommen und man muß darüber eine hundertprozentige Kontrolle ausüben. Die Unterschriftensammlung für den Frieden in Westdeutschland versetzt den Kriegstreibern einen Schlag.“

Heinrich Umstätter, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Mannheim:

„Die Deutsche Friedensgesellschaft begrüßt jeden Schritt, der dem Frieden dient. Die Unterschriftensammlung vom 9. bis 30. April muß der Bundesregierung und den Regierungen des Auslandes dokumentieren, daß die Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands auf den stärksten Widerstand des Volkes stoßen.“

Karl Heck, Betriebsrat von Motorenwerke:

„Millionen Unterschriften in den Listen für den Frieden sind eine ernste Warnung an alle Kriegstreiber. Ihren eigentlichen Wert erhalten die Unterschriften, wenn sie mit dem Bekenntnis verbunden sind, den Kampf um den Frieden unablässig zu führen.“

Direktor Holzner, Daimler-Benz, Mannheim:

„Das ist bestimmt eine gute Sache, wenn alle Menschen, die guten Willens sind, sich gegen den Krieg aussprechen. Noch bin ich skeptisch, wenn ich mir vergegenwärtige, daß es ja immer nur wenige Menschen sind, die am Krieg interessiert sind und die bisher die Völker in ihrer Mehrheit gegen ihren eigenen Willen für den Krieg mißbrauchen konnten. Nach dem furchtbaren Erlebnis des Krieges gerade in Deutschland dürfte es keinen Menschen mehr geben, der sich nicht für den Frieden einsetzt.“

Frau Langendorf, Landtagsabgeordnete und Stadträtin der KPD:

„In einer Zeit, wo der Schmerz um die verlorenen Söhne noch in jeder Mutter Brust brennt, wo Millionen Menschen heimatlos, entwurzelt und freudlos dahingewandert, das vergangene Verbrechen so sichtbar allen noch vor Augen steht, kann es gegen den Krieg nur

ein entschiedenes Nein der Millionen geben. Die Kriegstreiber sollen wissen, daß sie nicht ungestraft ihr Handwerk treiben dürfen.“

Fritz Stürmer, Vorsitzender der FDJ:

„Die Jugend wird als erste bei einer Remilitarisierung Westdeutschlands als „Kontingente einer ausländischen Armee“ verschachert — sie soll auch als erste in einem künftigen Krieg verbluten. Deshalb hat sie das größte Interesse, daß die Kriegsorganistoren gestellt werden. Die Unterschriftensammlung ist ein erstes Mittel, unser Deutschlandtreffen der Jugend an Pfingsten in Berlin dient dem gleichen Ziel.“

Ludwig Hurm, Betriebsratsvorsitzender von Daimler-Benz, Mannheim:

„Es gilt zu Handlungen zu kommen! Wir beginnen mit der Unterschriftensammlung. In Frankreich und Italien hat man bereits schon mehr getan.“

Frau Dr. Harnack, Neckargemünd, Frau des bekannten Philosophen:

Als damals mein Sohn aktiven Widerstand gegen Hitler und den Krieg leistete, war das Echo seiner Tat und sein und seiner Frau Opfer viel zu schwach. Deshalb mußten die beiden und viele hochstehende Menschen ihr Leben lassen. Das sollte man aus der hinter uns liegenden Zeit gelernt haben, daß man nicht warten und tatenlos zusehen darf, wenn wieder die Katastrophe organisiert wird. Beizeit muß man aufstehen und kämpfen.“

Karl Morschhäuser, 2. Bevollmächtigter der IG Metall, Mannheim:

„Die Unterschriftensammlung ist zu begrüßen. Es sollte Sorge jedes Gewerkschaftlers sein, sie zum Erfolg zu führen. Der Einsatz für den Frieden muß ohne Vorbehalt erfolgen. Unsere französischen und italienischen Kameraden haben das Beispiel gegeben. Die Unterschrift soll das Gelöbnis sein, daß auch hier in Westdeutschland sich kein Finger für die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial rührt.“

Der Arbeiter Not - der Bauern Tod

Vom 12. Jahreskongreß der KPF

Paris. (EB) Auf dem 12. Jahreskongreß der KPF bezeichnete Waldeck-Rochet als Hauptgründe für die augenblickliche Krise in der französischen Landwirtschaft die Verminderung der Kaufkraft der Werktätigen die durch den Marshallplan aufgezogenen Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse, den Verlust zahlreicher ausländischer Märkte an die USA und die Erhöhung der Steuern.

In der Mittwoch-Nachmittagsitzung übte der elsässische Abgeordnete Rosenblatt Kritik an dem Bonner Separatstaat und sprach sich für eine Politik der Annäherung mit einem friedlichen Deutschland aus.

Professor Joliot Curie, der über Fragen der Wissenschaft im Dienste des Friedens referierte, betonte

„daß ein Staat, der die Atomwaffe in einem kommenden Krieg als erster anwendet, keineswegs aus diesem Krieg als

Als damals mein Sohn aktiven Widerstand gegen Hitler und den Krieg leistete, war das Echo seiner Tat und sein und seiner Frau Opfer viel zu schwach. Deshalb mußten die beiden und viele hochstehende Menschen ihr Leben lassen. Das sollte man aus der hinter uns liegenden Zeit gelernt haben, daß man nicht warten und tatenlos zusehen darf, wenn wieder die Katastrophe organisiert wird. Beizeit muß man aufstehen und kämpfen.“

Karl Morschhäuser, 2. Bevollmächtigter der IG Metall, Mannheim:

„Die Unterschriftensammlung ist zu begrüßen. Es sollte Sorge jedes Gewerkschaftlers sein, sie zum Erfolg zu führen. Der Einsatz für den Frieden muß ohne Vorbehalt erfolgen. Unsere französischen und italienischen Kameraden haben das Beispiel gegeben. Die Unterschrift soll das Gelöbnis sein, daß auch hier in Westdeutschland sich kein Finger für die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial rührt.“

Die Senatorin Yvonne Dumont berichtete über den Kampf der Pariser Frauen für den Frieden und gegen den schmutzigen Kolonialkrieg in Vietnam. Das Mitglied der Zentral-Komitees, Leon Feix, berichtete über den Unabhängigkeitskampf der kolonialen und abhängigen Völker. Feix wies darauf hin, daß auch die Völker Afrikas die Unterdrückung nicht mehr mit Resignation hinnehmen, sondern — wie die Bevölkerung der Elfenbeinküste bewiesen hat — entschlossen sind, das imperialistische Joch abzuschütteln.

Im Mittelpunkt der Mittwoch-Nachmittagsitzung stand das Referat des Vorsitzenden der kommunistischen Fraktion in der französischen Nationalversammlung, Jacques Duclos.

Alarmruf aus Den Haag

„Außerst harmonisch verlaufen“, sagte Mr. Johnson, der USA-Verteidigungsminister am Samstagabend, nachdem unter seiner Leitung die letzte Sitzung der Kriegsvorbereitungs-Konferenz in Den Haag stattgefunden hatte. Wenn man jedoch den Bericht des Observer-Welt-Dienstes gelesen hat, den „Die Welt“ brachte, kann man nicht umhin festzustellen, daß die tiefgehenden Differenzen innerhalb des imperialistischen Lagers der Kriegsvorbereiter sich im Zusammenhang mit dieser Konferenz deutlich zutage treten.

Was über die Rollenverteilung zwischen den Atlantikmächten für den Krieg gesagt wurde, ist gar nicht neu. Jedoch kaum jemals vordem wurde von höchsten Regierungsbeamten, nämlich Ministern, so unverblümt und so laut davon gesprochen, was dieser und jener Atlantikpaktstaat gegen die Sowjetunion unternehmen soll.

„Die USA haben mit strategischen Bombardements sowjetischer Industrie- und Militärlager zu beginnen“, wobei „Atom- und Wasserstoffbomben eingesetzt werden“ sollen.

„Großbritannien ist verantwortlich gemacht für die Durchführung von Angriffen mit Kurzstreckenbomben und die Unterstützung Amerikas und Frankreichs beim Schutz“ (Schutz sagen sie) „der Seewege“.

„Kontinentaleuropa, soll taktische Lufthilfe zur „Verteidigung“ der eigenen Gebiete leisten und die Landkräfte „massieren“, das heißt, zusammenbringen. Dies alles bis Verstärkungen aus Übersee eintreffen.“

Als Landstreitkraft zählt auch das „deutsche Kontingent“ in einer „europäischen Armee“, das Dr. Adenauer zu stellen bereit ist, sobald die Herren vom Petersberg es ihm zu tun erlauben. Inzwischen gibt er, von den Amerikanern beifällig aufgenommen (und jedenfalls von ihnen inspiriert) Interviews, wie es zuletzt gegenüber dem Vizepräsidenten der United-Preß für Europa A. L. Bradford geschah:

„Ich stehe nicht an zu erklären, daß Amerika seine Macht stärker gegen das seiner Einigung widerstrebende Europa verwenden sollte. Die Vereinigten Staaten sollten tatsächlich Europa zu seiner Erhaltung und seinem Glück helfen, das ist bisher nicht geschehen.“

Das ist allerdings eine Sprache, wie Wallstreet sie sich anders kaum wünschen kann. Die europäischen Mächte, mit deren Verteidigungsministern M. Johnson am vergangenen Samstag in Den Haag konferierte, sind so gefügig nicht. Großbritannien z. B. nimmt es durchaus nicht mit Befriedigung auf, daß es sein Flottenbauprogramm bescheiden soll, was „maßgebende amerikanische Kreise“ den zuständigen britischen Stellen nahegelegt haben. Die Amerikaner begründen ihren „Ratschlag“ damit, daß Schlachtschiffe und große Flugzeugträger außer Kurs gesetzt worden seien durch neue Waffen, die voraussichtlich in einem künftigen Krieg angewendet werden dürften. Den Pferdefuß bei der Geschichte aber haben die Amerikaner selber aufgedeckt. Mit der Marinefrage nämlich verbunden sei das Problem der Teilung der Verantwortung. Sie wollen „einige der seit altersher unter britischer Kontrolle befindlichen Seewege ... unter die Treuhänderschaft der USA“ stellen. Die Amerikaner geben selber zu, „daß dies mit Großbritanniens Auffassung von seiner Pflicht zur Beschützung“ (Pflicht zur Beschützung sagen sie) „seiner Kolonien, vor allem in Afrika, in Widerspruch gerät“. Das heißt also, daß die Wallstreet den Briten ihre Kolonien vor allem in Afrika, liebenswürdiger Weise abnehmen möchte.

Schließlich aber wird in dem Observer-Welt-Dienst-Bericht, aus dem wir zitierten, das „wirtschaftliche Kernproblem“ angeschnitten:

„Wieviel kann Westeuropa für seine Bereitschaft aufwenden, ohne den Lebensstandard zu unterminieren, den es beschützen will.“

In den Atlantikpakt-Ländern sinkt der Lebensstandard in der Tat fortgesetzt, wobei Italien und Frankreich treffende Beispiele sind. Nicht nur diese beiden Länder sind gemeint mit dem Schlußsatz im dem Observer-Welt-Dienst-Bericht:

„Eine Anzahl europäischer Delegierter gaben jedoch ihrer persönlichen Befürchtung Ausdruck, daß die an ihre Länder gestellten Anforderungen sich als katastrophal erweisen würden.“

Katastrophale Auswirkungen hat für Westdeutschland allein schon das Besatzungs-Regime des 4,5 Milliarden Mark aus der Bevölkerung Westdeutschlands herauszieht, während gleichzeitig Besatzungsstatut, Ruhrstatut und Marshallplan die wirtschaftliche Aktivität Westdeutschlands auf Schritt und Tritt hemmen und uns mehr als zwei Millionen Arbeitslose eingebracht haben. Wenn nun noch die Last der Remilitarisierung Westdeutschlands hinzukommen würde? In nicht vorstellbarer Weise würde sich die Lebenshaltung der Bevölkerung weiter verschlechtern. Aber nicht dies ist die größte Gefahr. Sie besteht darin, daß die Riesenkriegsmaschine mit Atom- und Sauerstoffbomben gegen die Sowjetunion, gegen die völkdemokratischen Länder, gegen die Deutsche Demokratische Republik und damit gegen uns selber in Tätigkeit gesetzt würde, was ja der letzte Zweck der Übung ist.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Hinter der fieberhaften Aufrüstung verstecken sich Schwäche und Furcht derjenigen, die sie betreiben. Sie unterminieren die Lebenshaltung ihrer Völker weiter, und die Anforderungen der Rüstung erweisen sich heute schon als katastrophal. In dem Lager des Friedens dagegen, an dessen Spitze die Sowjetunion steht, wird das Leben von Tag zu Tag leichter. In der Sowjetunion folgen Preissenkungen für alle Arten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in kurzen Fristen aufeinander; die Kaufkraft der Einkommen steigt, die Lebenshaltung steigt. In allen Ländern aber müssen die Kämpfer für den Frieden sich den Kriegsbrandstiftern in den Weg stellen. Wir in Westdeutschland haben außerdem noch eine hohe Verpflegung. Nicht noch einmal darf Westdeutschland der Ausgangspunkt eines Krieges sein, der überdies, wenn er zum Ausbruch käme, unser Land restlos vernichten würde. Eine machtvolle Kundgebung des Willens zur Verteidigung des Friedens muß die Unterschriften-Kampagne werden, die am 9. April beginnt. Sie muß zu einer Kampfansage werden, die in Bonn, in London und in Washington gehört und verstanden wird. I. H.

Landwehr verurteilt

Braunschweig. (EB.) Der britische Richter Bainbridge hat am Mittwochmittag den niedersächsischen Landtagsabgeordneten und Sekretär der KPD-Landtagsfraktion, Ratsherr des Osnabrücker Stadtrats, Ludwig Landwehr zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung sagte Richter Bainbridge, daß er mit Absicht ein solch abschreckendes Urteil ausgesprochen habe. Der Abg. Ludwig Landwehr war über 7 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern während des Naziregimes. Das Urteil reht sich an die Verurteilungen im Demontagestop-Prozess gegen Holländer und Stertzbach und an die Verurteilung der sieben deutschen Friedenskämpfer in Hannover.

Der, unter Bruch der Immunität verhaftete, gewählte Abgeordnete Niedersachsens wird also mit der gleichen Urteilsbegründung der „Abschreckung“ verurteilt, wie sie die Richter des „Dritten Reiches“ wählten. Wahrlich, treffender kann dem deutschen Volk die brutale Militärjustiz in ihrer Willkür, mit der sie über alle demokratischen Grundrechte hinweggeht, nicht vor demontiert werden. Es gibt darauf nur eine Antwort: Protest gegen die koloniale Entrechtung, Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands in der Nationalen Front!

Nicht mehr mit Panzerdurchbruch? Clay will mit Milchpulver das Pfingsttreffen verhindern

Je näher das Pfingsttreffen der deutschen Jugend heranrückt, desto größer wird die Furcht der Kriegstreiber vor diesem großen Friedentreffen. Sogar General Clay, dessen offenes Reden über die „Standhaftigkeit der Berliner“ noch in unseren Ohren klingen, ist nach einer Meldung der „New York Times“ vom 30. 3. 1950 heute der Auffassung, daß Mangel an Wohnraum, Massenarbeitslosigkeit und Hunger die Moral der Westberliner so stark vermindern werden, daß sie einer sowjetischen Invasion (seit wann ist ein Treffen der deutschen Jugend eine sowjetische Invasion? d. Red.) keinen Widerstand leisten!

Der General, dem vor noch nicht allzu langer Zeit Berlin einen Krieg wert war, hat sich nun einem „internationalen Hilfskomitee“ angeschlossen und empfiehlt heute statt des Panzerdurchbruchs „eine Kampagne, um 2 Millionen Pfund Milchpulver und Trokenei nach Berlin zu senden.“

Man sieht, der einst so kriegslüsterne General ist unter dem Druck der Schläge, die die amerikanischen Imperialisten von der täglich erstarkenden Friedensbewegung ausgeht bekamen, recht bescheiden geworden und glaubt, mit Milchpulver, obwohl es genügend Frischmilch gibt, den Siegeslauf der deutschen Jugend aufhalten zu können. Die deutsche Jugend wird ihm zu Pfingsten die richtige Antwort geben!

CSR verurteilt Spione

Prag. (EB.) Der Spionage- und Hochverrats-Prozess gegen zehn tschechoslowakische Ordensgeistliche fand am Mittwoch vor dem Prager Staatsgerichtshof mit der Urteilsverkündung seinen Abschluß. Acht der Angeklagten wurden zu 25 Jahren bis zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt, während die beiden anderen langjährige Gefängnisstrafen erhielten.

Verjüngungskuren im Bundeshaus

Mit Jochem's Hormon-Präparat

Heute habe ich beim Friseur des Bundeshauses den notwendigen Osterputz vornehmen lassen. Kleiner, recht bescheiden eingerichteter Friseurladen. Zivile Preise, flotte, außerdem natürlich höfliche Bedienung. Bei jedem Klienten wird die volle Dienstbezeichnung angewandt. Und dann die in jedem Friseurladen üblichen Gesprächsthemen. Das fängt bei mir so an: Für Ihr Alter haben Sie einen erstaunlich dichten Haarwuchs. Aber langsam werden Sie auch schon grau. Aber Jochem's Hormon-Präparat brauchen Sie noch nicht.

Ruhrbehörde gegen Deutschland

Diffamierung der deutschen Arbeiter — Kampf gegen Kolonialherrschaft

Am 22. und 23. Mai wird in Düsseldorf eine „internationale“ Gewerkschaftskonferenz über die Ruhrfrage stattfinden, gibt der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hans Böckler bekannt. Es ist keine Konferenz des Weltgewerkschaftsbundes, es ist die Spalierinternationale die über die Mitarbeit an der Ruhrbehörde diskutieren will.

Eine Diskussion über die Ruhrfrage ist eine Diskussion über westdeutschen Wirtschaft. Die Behörde, über das Militärgesetz 75 und die Kontrolle der westdeutschen Wirtschaft. Die rechten Gewerkschaftsführer scheuen sich nicht, ihre Mitarbeit an der Ruhrbehörde und die anderen Kontrollmaßnahmen der anglo-amerikanischen Monopolisten über die westdeutsche Wirtschaft anzubieten, wie das schon durch die Bestellung des Mitgliedes der Gewerkschaft Dr. Heinz Potthoff für die Ruhrbehörde geschehen ist.

Die Mitarbeit der rechten Gewerkschaftsfunktionäre bei der kolonialen Ausbeutung durch die ausländischen Imperialisten findet aber nicht die Zustimmung des größten Teils der Gewerkschaftsmitglieder. Das ist auch dem Kollegen Böckler bekannt, aber er hat nun einmal diese Aufgabe übernommen. Deshalb laviert er mit schönen Worten und versucht den westdeutschen Werktätigen seine Arbeitgemeinschaftspolitik mündgerecht zu machen. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. März 1950 schreibt:

Der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. hc. Hans Böckler, ist sich keinen Augenblick darüber im Unklaren gewesen, welche Diffamierung das Ruhrstatut für Deutschland im allgemeinen und für die deutschen Arbeiter im besonderen bedeutet. Wenn er trotzdem

weitsichtig genug war, im Namen einer nach Millionen zählenden, organisierten Arbeiterschaft, den deutschen Beitritt zur Ruhrbehörde zu empfehlen, so ist dies im Gefühl der Verantwortung vor der europäischen Zukunft geschehen.

Hinter diesen Worten versteckt sich die Anerkennung seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den schlimmsten deutschen Scharfmachern Pferdenges, Dinkelbach, Kost, Roelen, Zangen u. a. und gleichzeitig mit den ausländischen Imperialisten mit dem Ziel, die Ruhrarbeiter und mit ihnen die ganze werktätige Bevölkerung Westdeutschlands abzuhalten vom Kampf gegen die Kolonialherrschaft des in- und ausländischen Monopolkapitals.

Die deutschen und ausländischen Monopolisten sind sich einig im Kampf um die

Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber der werktätigen Bevölkerung. Die Politik der Zusammenarbeit der rechten Gewerkschaftsführer mit den Schwerindustriellen in der Ruhrbehörde aber bedeutet Preisgabe der Interessen der Werktätigen, sie hindert die Gewerkschaften am erfolgreichen Kampf gegen das in- und ausländische Monopolkapital. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Unterdrückungspolitik der amerikanischen Imperialisten durch Ruhrstatut, Marshallplan bzw. Außenhandelskontrolle und der Anteilnahme, dem niedrigen Lebensstandard und der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland.

Die Ruhrbehörde wurde geschaffen um den Aufbau einer gesamtdeutschen Wirtschaft und einer unabhängigen, demokratischen Republik zu verhindern. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. März 1950 schreibt:

Wer das Ruhrstatut zur Hand nimmt, erkennt schnell, daß es sich zunächst um ein hartes Ausnahmerecht für das besiegte Deutschland handelt.

Noch ist die Kontrolle der westdeutschen Wirtschaft durch die Ruhrbehörde nicht zur vollen Entfaltung gekommen. Der außenpolitische Ausschuß der französischen Nationalversammlung fordert deshalb die raschere

Engangsetzung der Internationalen Ruhrbehörde. Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 30. März ist dieser außenpolitische Ausschuß gegen eine Erhöhung der deutschen Stahlproduktion, denn

„der deutsche Ruhrstahlbedarf könne auch aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland gedeckt werden.“

Also unsere Rohstahlproduktion soll gedrosselt werden, wir sollen keinen Stahl mehr exportieren (siehe China-Geschäft), wir sollen sogar den eigenen Bedarf im Ausland decken. Die französischen Schwerindustriellen wünschen, daß die Ruhrbehörde schneller in Gang kommt, damit sie auf Kosten der westdeutschen Wirtschaft ihre Profite sichern können. Nicht nur die ausländischen Stahlkonzerne haben Absatzorgen, auch die Kohlenbarone hängen um ihre Gewinne.

Nach einem Bericht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen rechnen die europäischen Kohlenmagnaten mit einem Ueberschuß von 3 Millionen Tonnen Kohle und Koks im zweiten Vierteljahr 1950, der keinen Absatz finden wird. Das ist wie der „Tagesspiegel“ vom 28. März 1950 schreibt:

„... der größte unverkäufliche Kohlenbestand, den die europäische Industrie seit dem Anfang der 30iger Jahre zu verzeichnen hat.“

Deshalb also wollen die französischen Schwerindustriellen die „raschere Engangsetzung der internationalen Ruhrbehörde“. Mittels dieser Behörde können sie entscheiden, welche Kohlengruben und welche Hochöfen stillgelegt werden sollen.

Die westdeutschen organisierten Arbeiter das zeigen die Diskussionen und die Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht und um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, lehnen die von den rechten Gewerkschaftsführern begonnene Arbeitgemeinschaftspolitik ab. Die Gewerkschaften dürfen sich durch nichts und von niemandem vom Kampf gegen ihre entscheidenden Klassengegner, gegen die in- und ausländischen Monopolisten und deren Adenauer-Regierung abdrängen lassen. H. H.

Bundesgestapo wird organisiert

Bundesgestapo wird organisiert Bonn. (Eig. Ber.) Nachdem jeder Ländereinnemister sein eigenes Amt für Verfassungsschutz eingerichtet hat, kann Adenauer ohne ein Bundesamt für Verfassungsschutzstelle eingerichtet, die ein Dr. Einrichtung wird zur Zeit verhandelt. Außerdem hat Jakob Kaiser in seinem Antios-Ministerium eine eigene Verfassungsschutzstelle eingerichtet, die ein Dr. Lieberich leitet. Die Benennung dieser Abteilung ist eine Tarnung. In Wirklichkeit bearbeitet Dr. Lieberich die Spionage- und Sabotagearbeit des Ministeriums. Auch Dr. Lukaschek hat in seinem Bundesfürsorgeamt eine gleiche Einrichtung geschaffen, die mit ähnlichen Arbeiten beschäftigt ist. Zwischen diesen drei konkurrierenden Ämtern auf Bundesebene wird zur Zeit heftig um Prioritäten und Zuständigkeit gekämpft. Innenminister Dr. Heinemann will das Amt für Verfassungsschutz ganz mit Leuten aus dem Canaris-Kreis (Admiral Canaris) besetzen, stößt aber dabei auf Bedenken bei den Besatzungsbehörden. Es ist noch nicht sicher, ob das Amt dem Innenminister unterstellt wird, da Dr. Adenauer überlegt, ob es nicht besser unter seiner Leitung arbeiten werde.

Drukfehlerberichtigung

Bei unserem gestrigen Leitartikel „Mitbestimmungsrecht wird nur im Kampf geboren“ ist durch Verwechslung des Satzes der Sinn des Schlusses vollkommen verloren gegangen. Es mußte heißen: „Den reaktionären Parteien im Bundestag der Millionärregierung, den Unternehmervölkern, den Feinden des schaffenden Volkes kann nur auf dem gleichen Wege ein Gesetz über wirkliche Mitbestimmung abgetrotzt werden. Dessen muß sich die Arbeiterschaft klar sein und deshalb muß dafür der Kampf organisiert werden.“

Hamburgs Jugend in der Friedensfront

Hamburgs Jugend in der Friedensfront Hamburg. (EB.) Am Wochenende fand in Hamburg eine Betriebsarbeiterkonferenz der FDJ statt, die unter dem Zeichen des Kampfes der Jugend für Frieden und nationale Unabhängigkeit stand. In einer einstimmig angenommenen Resolution gaben die jugendlichen Arbeiter ihrem entschlossenen Kampfwillen für den Frieden Ausdruck:

„Wir jungen Hamburger Betriebsarbeiter werden beweisen, daß wir unseren Kollegen in Frankreich und Italien nicht nachsehen.“

Wir jungen Hafenarbeiter weigern uns, Kriegsmaterial zu transportieren.

Wir jungen Metallarbeiter weigern uns, Kriegsmaterial herzustellen.

Wir jungen Bauarbeiter weigern uns, Kasernen, Exerzierplätze und Flugplätze zu bauen.

Was Lafollette zugeben muß

„Amerikas demokratische Ziele in Deutschland sind aus dem Auge verloren“

Der ehemalige Militär-Gouverneur von Württemberg-Baden, Lafollette, gab vor dem Koordinationskomitee für deutsche Demokratie eine Erklärung ab, in der er den Kongreß und den Präsidenten Truman ersucht, die Politik der USA in Deutschland genaue zu überprüfen. Das Komitee, dem Lafollette seine Unterstützung lieh, stellte fest, daß „Amerikas demokratische Ziele in Deutschland aus dem Auge verloren wurden“ und führte als Beweis hierfür das Wiederaufleben extremer Rechtsparteien, die Rückkehr vieler aktiver Nazis und extremer Nationalisten in wichtige Funktionen und die Remilitarisierungspläne an.

Wir wollen uns nicht mit Mr. Lafollette darüber streiten, was er unter Demokratie versteht und auch nicht untersuchen, was er während der Zeit, in der er Militärgouverneur war, getan hat, um eine demokratische Entwicklung im Sinne der Potsdamer Beschlüsse zu fördern. Entscheidend ist für uns auch nicht die Frage, ob Mr. Lafollette aus ehrlicher Überzeugung gegen den jetzigen Kurs der Besatzungspolitik Stellung nimmt, oder ob es ihm nur darum geht, die Verantwortung für die auch in den USA auf Widerstand stoßenden Remilitarisierungspläne allein auf die westdeutsche Reaktion abzuwäl-

Wir werden alles daransetzen, um die Hamburger Betriebe zu Bastionen im Kampf für den Frieden zu machen.“

Es betrifft eine Million Menschen

DGB fordert Aufhebung der 6prozente Gehaltskürzung

Bonn. (Eig. Ber.) Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Forderung an die Bonner Regierung, die über den Beamtenreichtumsauschuß weitergeleitet werden soll, die Aufhebung der 6prozente Gehaltskürzung für Beamte verlangt. Fast eine Million Menschen bei der Bundesbahn, der Post und der Bundesverwaltung werden immer noch durch diese Notverordnung aus dem Jahre 1930 betroffen. Dieses Ausnahmerecht und die ungleiche Behandlung der Bundesbeamten gegenüber den Länder- und Kommunalbeamten bezeichnen die Gewerkschaften als unerträglich.

Imperialisten befürchten weitere Niederlagen in Ostasien

Die Symptome der Schwäche im Lager der Kriegstreiber

Die Schüsse, mit denen der amerikanische Flottenbesuch im Hafen von Saigon, dem Hauptquartier der französischen Kolonialherren, empfangen wurde, waren dazu angetan, den amerikanischen Imperialisten zum Bewußtsein zu bringen, daß sie bei den Völkern Asiens, selbst bei der Intelligenz — es waren vor allem Studenten, die in Saigon demonstrierten — genau so verhaßt sind wie die alten französischen und britischen Kolonialherren. Eine der ersten Rückwirkungen dieser eindeutigen Antwort der indochinesischen Bevölkerung bestand darin, daß drei Minister der von den Franzosen auf amerikanischen Befehl eingesetzten Marionettenregierung Bao Dai das Spiel aufgaben und ihren Rücktritt einreichten.

Seit den Schüssen von Saigon verstärken sich die Äußerungen von Furcht und Hoffnungslosigkeit im imperialistischen Lager. Sogar der amerikanische General Eisenhower

ist „sehr beunruhigt und alarmiert“ über die kommunistischen Erfolge in Asien. Die „New York Times“ öffnete am 24. März 1950 einem gut informierten Reisenden aus Ostasien ihre Spalten, der befürchtete, daß sich in Südostasien das europäische Beispiel von 1944 wiederholen könnte, als das bloße Erscheinen sowjetischer Truppen an den Grenzen Rumäniens zum Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft führte. Selbst in Kambodscha, dem friedvollsten der drei indochinesischen Staaten“, berichtet die „New York Times“ an einer anderen Stelle, ist in letzter Zeit eine beachtliche Steigerung der Guerilla-Tätigkeit zu verzeichnen.

Große Furcht flößen den Imperialisten auch die zehn Millionen Chinesen außerhalb Chinas ein, die in Burma, Siam, Malaya, auf den Philippinen und in Indonesien leben, und die — so berichtet die der Labour-Party nahestehende Wochenschrift „The New Sta-

tesman and Nation“ — obwohl sie „gewöhnlich keine revolutionären Leute sind“, doch die chinesische Volksrepublik unterstützen. Besonders in Malaya, wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung Chinesen sind, hat die Befreiung Chinas große Rückwirkungen gehabt.

Ueber die Entwicklung in Malaya ist das Blatt des britischen Finanzkapitals, der „Economist“, auch sonst noch bitter enttäuscht. Abgesehen davon, daß sich die Niederlage der Kommunisten, die für Juni 1949 prophezeit wurde, nicht bestätigte, habe sich sogar die kommunistische Guerilla-Tätigkeit in letzter Zeit verstärkt, klagt der „Economist“ am 25. März 1950, so daß sich die britischen Imperialisten nicht mehr anders zu helfen wußten als durch die Entsendung von Infanterie-Verstärkungen, Bomben und Panzern und durch den Einsatz von 400 000 Mann Polizei-Hilfstruppen gegen eine Kampftruppe, die nach Angaben des „Economist“ nicht mehr als 15 000 Mann betragen soll. Es ist „äußerst wichtig, daß die Kommunisten schnell zermalm werden, und daß Kräfte verfügbar sind, um jede spätere Neugruppierung zu verhindern“, schreibt der „Economist“, der sein Weltreich davonschwimmen föhlt.

Aber auch in Siam, wo bisher noch keine starke Kampfaktivität zu verzeichnen war, fühlen sich die Imperialisten nicht mehr sicher. Es ist ihnen zwar dort gelungen, den von ihnen eingesetzten Marshall Pibul, der, wieder nach den Worten des „Economist“, die vollste Ermütigung und Unterstützung des Westens verdient“, dazu zu bewegen, Tschangkai-schek und Bao Dai anzuerkennen. Doch hat insbesondere dieser Schritt „selbst bei seinen Anhängern“ große Unzufriedenheit ausgelöst und es besteht die Gefahr, daß diese Marionette der Imperialisten „durch dieselbe Art von Staatsstreich von Armee-Offizieren gestürzt wird, wie er zur Macht gekommen ist.“

Dies sind nur einige Symptome der Schwäche, wie sie von den Imperialisten selbst zugegeben werden. Sie beweisen, daß die Volksbefreiungsbewegung in ganz Asien auf dem stürmischen Vormarsch begriffen ist und daß sich der Machtbereich der zum Untergang verurteilten Imperialisten von Tag zu Tag mehr einengt.

Ausflußreicher Schwabenstreich

Selbstentlarung des Marshallplanes „schrecklich unglücklich“

Der Abgeordnete Rayburn aus Texas forderte das Repräsentantenhaus auf, den am Vortag mit Stimmenmehrheit beschlossenen Zusatz wieder rückgängig zu machen, wonach Großbritannien nur unter der Bedingung Marshallplan-Gelder erhalten soll, daß die Teilung Irlands beendet wird. Diese Entscheidung, (mit der versucht wurde, ganz Irland und nicht nur wie bisher das Dominion „Irish Free State“ unter unmittelbare USA-Kontrolle zu bringen, d. Red.) sei „schrecklich unglücklich“ und „hat uns angesichts der gegenwärtigen Weltlage großen Schaden zugefügt“, sagte Rayburn. Die „New York Times“ kommentiert dieses Abstimmungsergebnis dahingehend, „daß die Mehrheit dem Krell in die Hände gespielt hat.“

Diese nervöse Stimmung beweist, daß sich das amerikanische Repräsentantenhaus einen Schwabenstreich geleistet hat, auf den das Augenmerk der Öffentlichkeit gelenkt zu werden verdient trotz der Tatsache, daß die Entscheidung tatsächlich rückgängig gemacht wurde. Die Abgeordneten handelten ganz brutal nach ihren eigenen Interessen und vergaßen dabei, ihre sonst peinlich betrachteten Vorsichtsmaßregeln, daß sie nämlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung ihre Direktate in ein demokratisches Mäntelchen einwickeln müssen.

Die Völker Europas können den amerikanischen Abgeordneten nur dankbar dafür sein, daß sie den Charakter des Marshallplanes so offen selbst entlarvt. Daß dieser ein Mittel zur Ausübung eines unerhörten harten politischen und wirtschaftlichen Druckes auf die westeuropäischen Staaten ist, um die amerikanischen Wirtschaftsinteressen auf Kosten der europäischen Staaten durchzusetzen, und daß er die Souveränität der Länder, deren Regierungen sich ihm ausliefern, unterhöhlt, steht nun außer Zweifel. Wer heute noch behauptet, der Marshallplan sei ein Akt der Humanität, verdient ausgelacht zu werden.

Differenzen über Stahlkontrolle

Bonn. (EB.) Im Schoße des Adenauer-Kabinetts sind über die neue Verschärfung der Stahlkontrolle Meinungsverschiedenheiten entstanden. Ein angekündigtes Kommuniqué über das Schreiben der Hochkommissare an Dr. Adenauer wurde, als es schon zur Verteilung fertig war, wieder zurückgezogen. Mtn will eine Stellungnahme des Kabinetts abwarten, also nur der Öffentlichkeit mitteilen; ob man die Vorschriften, die eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben würde, mit oder ohne „Protest“ schickt.



Für Feld und Garten



Zur gesamtdeutschen Beratung in Eisenach

Landesarbeitskreise in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Württemberg-Baden gebildet

Landwirtschaftslehrer Dr. Erdmann-Kretschmer, Halle (Westfalen) hatte im Auftrage der Teilnehmer von Schierke (Harz) aus Nordrhein-Westfalen einen größeren Kreis interessierter Persönlichkeiten aus der Landwirtschaft zur Berichterstattung über die Beschlüsse am 1. April 1950 nach Düsseldorf eingeladen. Über 100 Bauern, Landwirtschaftsstudenten, Diplomlandwirte, Landwirtschaftslehrer u. a. waren der Einladung gefolgt. Als Referenten sprachen der Bauer Hans Ludwig Iven aus Oberem Kreis Bergheim (Ert) und Professor Becker, Leiter des Saatgutinstitutes Quedlinburg, der als Gast des Gesamtdeutschen Arbeitskreises anwesend war.

In einem einstimmig angenommenen Aufruf, der die Beschlüsse von Schierke begrüßt, wenden sich die Teilnehmer der Düsseldorf Tagung an alle Bauern und Bäuerinnen, Agrarwissenschaftler und landwirtschaftliche Studenten, die Landarbeiter und die Landjugend, an die Funktionäre der Bauernverbände, die Landwirtschaftskammern, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, Gartenbau- und Tierzuchtverbände, und an die Bodenbewerber-Siedler und Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen, sich bereit zu finden, die Bestrebungen für eine einheitliche deutsche Landwirtschaft zu unterstützen und Delegierte zu wählen zu der großen gesamtdeutschen Beratung der Land- und Forstwirtschaft, die vom 18. bis 20. Mai 1950 in Eisenach auf der Wartburg stattfindet.

Zur Durchführung der Aufgaben wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, dem neben Landwirtschaftslehrer Dr. Erdmann-Kretschmer, Halle (Westfalen) Bauer H. L. Iven, Oberem, Oberlandwirtschaftsrat Landtagsabgeordneter Hoffmann, Lindlar-Köln, Dr. Rossaint, Düsseldorf und noch andere namhafte Persönlichkeiten angehören.

In Hannover hat sich am 1. April 1950 ein Landesarbeitskreis für die Durchführung gesamtdeutscher Beratungen der Land- und Forstwirtschaft für Niedersachsen gebildet. Dem Ausschuss gehören u. a.: CDU-Landtagsabgeordneter Arndt, Woltershausen, der Vorsitzende des Bauern-Pächter- und Siedlerbundes SPD-Landtagsabgeordneter Bettefmann, Rieste, der Vertreter der Landwirtschaftskammer Weser-Ems Herr Spitz, Landwirtschaftsschuldirektor Dr. Hanse, der Vorsitzende der Landarbeitergewerkschaften von Oldenburg Herr Stehmer, Oldenburg und der Geschäftsführer des Nordwestdeutschen Pächter- und Siedlerbundes und Gärtner, Herr Renner aus Sulthausen, Herr Landwirtschaftsminister Dr. Dr. Gerecke, der durch Arbeit verhindert war, ließ durch einen Vertreter

11 000 ha neues Ackerland

In Sachsen wurde nach einem Beschluß der Regierung ein Plan zur Gewinnung weiterer 11 000 ha zusätzlichem Acker- und Gartenland in Angriff genommen. Die gewonnenen Flächen sollen bereits in die Frühjahrbestellung einbezogen werden.

DER DEUTSCHE BAUERNKRIEG

Zum 425. Jahrestag des Beginns der großen Erhebung der deutschen Bauern (2. 4. 1525)

„Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition.“ leitet Friedrich Engels sein im Jahre 1850 geschriebenes Werk „Der deutsche Bauernkrieg“ ein. „Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierten Nation die großartigsten Ergebnisse erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauern. Drei Jahrhunderte sind seitdem verfloßen, und manches hat sich geändert, und doch steht der Bauernkrieg unsern heutigen Kämpfen so überaus fern nicht, und die zu bekämpfenden Gegner sind großenteils dieselben. Die Klassen und Klassenfraktionen, die 1848 und 1849 überall verraten haben, werden wir schon 1525, wenn auch aus einer niedrigeren Entwicklungsstufe, als Verräter vorfinden.“

Seit Engels diese Worte schrieb, ist wiederum ein Jahrhundert vergangen. Den Verrätern von 1525 und 1848/49 folgten die Verräter von 1918 und 1945. Das deutsche Volk gewann noch nicht seine nationale Einheit. Die im Verrat und in der Zersplitterung wurzelnden traurigen Ergebnisse der deutschen Geschichte brachten jenen, die „noch von Föderativrepublik faseln“ nicht den Platz im Irrenhaus, den ihnen Engels bereits 1850 zuwies. Sie sitzen heute als Handlanger der anglo-amerikanischen und deutschen Reaktionen in der „Bundesregierung“ in Bonn; Nachfahren der Fürstentümer und Handelskapital-Lakaien, die 1925 den Freiheits- und Einheitswillen des arbeitenden Volkes der Bauern und Gesellen, im Blut der charaktvollsten Menschen des damaligen Deutschland erstickten, das zu dieser Zeit ebenso wie heute kein einheitlicher Staat war.

Wohl gab es einen Kaiser und einen sogenannten Reichstag. Beide jedoch besaßen keine Macht. Die Fürstentümer, die Bistümer, die Freistädte und die über 1000 Reichsritterschaften regierten fast völlig unabhängig und nach eigener Willkür. Die

mitteilen, daß er dem Ausschuß seine volle Mitarbeit zusichert.

Auch in Stuttgart fand zur Auswertung der Schierker Tagung am 1. April eine Beratung für Württemberg-Baden statt. Es wurde ein Aufruf an die Landwirte beschlossen. Ferner wurde auch hier ein Arbeitskreis gebildet, und zwar unter Leitung des Architekten für landwirtschaftliches Bauwesen, Theodor Körner, Stuttgart, des Diplomalwirts Leitner, Stuttgart und des Gärtners R. Karcher aus Waiblingen.

Winzer in Gefahr

Unter dem Thema: Winzer in Gefahr — Marshallplan-Diktateinfuhr von Auslandsweinen, Auslandsobst, Auslandgemüse erdrosseln den deutschen Winzer. — Sofort-Hilfeabgabe und Reblausbekämpfung fanden am 31. 3., 1. und 2. April 1950 in Lorch, Mittelheim und Ingelheim Winzerversammlungen statt, auf denen der Bundestagsabgeordnete Otto Niebergall sprach.

In allen Versammlungen fand eine rege Diskussion und Aussprache statt, wobei im-

mer wieder zum Ausdruck kam, daß Marshallplan, uneingeschränkte Einfuhren und die Steuerpolitik der Adenauer-Regierung den Weinbauern ruinieren. In allen Versammlungen wurde die große gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft in Eisenach begrüßt. Eine Anzahl Bauern hat ihre Teilnahme zugesagt.

Hessen wählt Delegierte für Eisenach

In drei gutbesuchten Bauernversammlungen im Kreis Gießen (Hessen) wurden Delegierte für die Eisenacher Beratung der Land- und Forstwirtschaft gewählt. Auf den Bauernversammlungen, die vom Landesarbeitskreis Hessen für gesamtdeutsche Beratungen einberufen waren, wurde von Teilnehmern der Beratung in Schierke über diese Bestrebungen des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft Bericht erstattet. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Ost- und West wurde einmütig begrüßt und eine starke Teilnahme an der Eisenacher Beratung zugesagt.



Gemüseanbau, wie er sein soll

Die Versorgung des Haushalts mit Gartenfrüchten soll eine vielseitige sein und auch zu jeder Jahreszeit den Ansprüchen genügen. Das setzt aber viel Sorgfalt und Geschick bei der Arbeit im Garten voraus. Jedes Beet muß mindestens zwei Ernten bringen. Es können aber auch bis zu vier und fünf Ernten herausgewirtschaftet werden, wenn die Zusammensetzung entsprechend erfolgt. Die mustergültige Bewirtschaftung eines Beetes wäre etwa folgende: Vorrucht Feldsalat, Hauptfrucht Weißkohl. In die weiten Reihenabstände Kohlrabi als Zwischenfrucht, der nach etwa acht Wochen den sich ausdehnenden Kohlpflanzen Platz macht. Gut wird der Boden auch ausgenutzt, wenn man zwischen Spinatreihen Kohl- und Salatpflanzen abwechselnd setzt. Zuerst wird Spinat, danach Salat, später dann Kohl geerntet. An Stelle des abgeernteten Spinats kann noch eine Pflanze angebaut werden, die den Boden nutzt, ehe er vom Kohl ganz bedeckt wird. Ausschlaggebend ist für den Ertrag der Fläche das geschickte Ineinanderpassen von Hauptfrucht, Zwischenfrucht, Vor- und Nachfrucht.

Der Erfolg im Gemüsebau hängt ferner von der richtigen Düngung und von der Auswahl der Sorten ab. Die Grundlage der Gemüsedüngung bleibt immer Stallmist. Durch Mineräldünger kann aber die düngende Wirkung des natürlichen Mistes weiterhin erhöht werden. Starke Düngung ist gerade im Gemüsebau notwendig. Man rechnet neben Stalldünger auf 100 Quadratmeter vier Kilogramm Superphosphat, vier

Kilogramm 40prozentiges Kali und drei Kilogramm schwefelsaures Ammoniak. Alle drei bis vier Jahre ist der Boden zu kalken. Leichten, durchlässigen, trockenen Böden gibt man kohlen-sauren Kalk, 40 Pfund auf 100 Quadratmeter. Zu kalte, feuchte Böden werden durch Branntkalk, 20 Pfund auf 100 Quadratmeter, wärmer und durchlässiger. Von den mineralischen Düngemitteln be-schleunigt Kali die Reife, sie alle steigern den Ertrag und erhöhen die Qualität des Gemüses. Die Anwendung der Mineral-dünger muß jedoch richtig geschehen, das heißt, es darf nicht nur einseitig gedüngt werden, sondern es müssen alle oben er-wähnten Dünger zum Ausstreuen gelangen. Wer so nicht düngen kann, versuche die Nährkraft seines Bodens durch Kompost-erde zu verbessern.

Gemüse, das schmackhaft werden soll, muß schnell wachsen, und dazu gehört auch reichlich Wasser. Die Pflanzen sind stets gründlich, niemals oberflächlich zu begießen. Feuchterhaltung, Unkrautvertilgung und Lockerung des Bodens sind die wichtigsten Pflegearbeiten bei dem Gemüse. Je intensiver der Anbau betrieben wird, um so schwieriger ist die Arbeit. Das Hacken wird durch die Zwischenkulturen oft un-möglich gemacht. Dann muß das Jäten mit den Fingern die Unkrautvernichtung mit der Handhacke ersetzen. Der Bodenertrag aber wird dabei auch immer höher, wenn Arbeitslust und Arbeitsgeschick über diese Schwierigkeiten hinweghelfen.

Beim Einkauf von Gemüsesamen achte man darauf, daß die Ware garantiert gut und sortenecht ist, denn nur gutes Saatgut und beste Pflege sichern den Erfolg.



Schäfer mit Herde

Erste Erfolge in der Frühjahrbestellung

„Friedenshektarerträge“ — an Autobahnbrücken, an Bauernhäusern, Scheunen und an Spruchbändern, die quer über die Straße gespannt sind — überall in der Deutschen Demokratischen Republik leuchtet dieses Wort, mahnt und ruft die Bauern, Landarbeiter und Traktoristen auf, alles zu tun, damit die Regierung der DDR ihr großes Vorhaben nach der Ernte verwirklichen kann: Aufhebung der Rationierung bis auf Fleisch und Fett. Geschaffen aus eigener Kraft, ohne in Abhängigkeit von ausländischen Imperialisten zu geraten, wie wir in Westdeutschland.

Auf allen Feldern ist reges Leben. Traktoren, Pferde, Kühe oder Ochsen ziehen unter der leitenden Hand des Menschen Pflüge, Eggen, Kultivatoren und Drillmaschinen über die Aecker. Das Wetter begünstigt die Feldarbeiten. Sorgfältiger als bisher wird der Boden bearbeitet.

Nach Zeitungsberichten aus der DDR wird teilweise noch Dünger gestreut, teilweise

werden schon vorgekeimte Kartoffeln gelegt. Fast überall aber sind die Arbeiten weiter vorgeschritten als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Thüringen meldet, daß bereits Ende März 40,1 Prozent der für den Anbau von Sommerroggen und -weizen vorgesehenen Fläche bestellt wurden. In Sachsen wurde von der mehr als 113 000 Hektar umfassenden Anbaufläche für Sommerfuttergetreide die Aussaat zu 25 Prozent erreicht. Sommerbrotgetreide ist zu 22 Pfg. eingedrillt. Der landwirtschaftlich bedeutendste Kreis Sachsens, Döbeln, und der Kreis Großenhain haben die Bestellungen für Sommerbrotgetreide bereits beendet.

Auch in Mecklenburg macht die Frühjahrbestellung gute Fortschritte. Das MAS Böhlerdorf im Kreis Rostock beendete bereits Anfang letzter Woche die Aussaat von Sommerbrotgetreide. Die MAS des Kreises haben bisher 384 Hektar bearbeitet. Das Land Brandenburg meldet ebenfalls gute Ergebnisse. Dort wurden bisher über 30 Prozent des Sommergetreides ausgesät. Die Landkreise Cottbus, Westprignitz und der Stadtkreis Brandenburg konnten die Aussaat bereits beenden.

als Flüchtling auf der Insel Ufenau im Züricher See starb.

Erst als die Reformation die deutsche Nation in ihren Tiefen aufwühlte, kamen die Bauern und die arme Stadtbewölkerung in ganz Deutschland in Bewegung. Sie erwarteten von der Reformation nicht nur eine Reform der Kirche, sondern auch eine völlige Umgestaltung des gesamten Gesellschaftsaufbaus. Führer der revolutionären Bewegung wurde Thomas Münzer (1493 bis 1525), die „großartigste Gestalt des ganzen Bauernkrieges“, wie ihn Friedrich Engels nennt. Er war Geistlicher wie Martin Luther und wirkte zuerst in Thüringen. Noch ehe Luther so weit zu gehen wagte, schaffte er die lateinische Sprache total ab und ließ nicht nur die sonntäglichen Evangelien, sondern die ganze Bibel verlesen. Der Himmel sei nichts Jenseitiges, predigte er. Er ist in diesem Leben zu suchen, und der Beruf der Gläubigen ist, das Reich Gottes hier auf Erden herzustellen. Sein Ziel war eine Gesellschaftsordnung, in der es weder Ausbeuter noch Ausgebeutete gab, in der alle gleich sind und das Eigentum der ganzen Gesellschaft gehört. Er hatte gewisse unklare Vorstellungen einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft. Aber seine Ideale waren, da es damals ein Proletariat erst im Keime gab, nicht zu verwirklichen. Er erkannte auch selbst, daß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse die Verwirklichung seines Zieles nicht begünstigten. Als echter Revolutionär jedoch verwandte er sein Führungs- und Organisations-talent, um die Revolutionäre der damaligen Zeit im Kampf gegen die Feudalherren zu einigen. Er wollte einen Bund stiften, der ganz Deutschland umschloß.

Um diesen Bund zu organisieren, reiste er von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Seine Predigten wurden immer revolutionärer. „Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird“, erklärte er und drohte den Reichen: „Es wird ein Spiel angehen, das die Gottlosen vom Stuhl gestürzt, die Niedrigen aber erhöht werden.“ Er vertrat am schärfsten die Forderungen der Bauern und Plebejer, die sich gegen die beiden Lager der „konservativ-katholischen Elemente“ und „der gemäßigten lutherischen Reform“, wie Engels schreibt, zur „revolutionären Partei“ zusammenschlossen.

In den Oderkreisen wurden bisher rund 2000 Hektar Brachland bestellt. Die MAS konnten bereits Ende letzter Woche 20 Prozent der mit den Bauern abgeschlossenen Arbeitsverträge erfüllen.

In Sachsen-Anhalt sind von der 800 000 Hektar großen Anbaufläche bis Ende März 11 Prozent bestellt worden. Weizen wurde in einigen Kreisen fast hundertprozentig ausgesät. Die MAS Wegeleben konnten ihre Arbeitsverträge bereits in drei Orten erfüllen.

Allen voran bei den Arbeiten zur Frühjahrbestellung leisten die Traktoristen-Vorbildlichen. Fast alle stehen sie miteinander im Wettbewerb zur Überfüllung ihrer Tagesnormen. Hierbei wurde von einigen Traktoristen, wie die Zeitung „Neues Deutschland“ meldet, schon über 200 Prozent der Tagesnorm erreicht.

Hohe Gewinnausschüttung in den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften

In zahlreichen landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften Polens, die seit dem vorjährigen Frühjahr die Kollektivwirtschaft aufgenommen und Ende 1949 ihre Jahresbilanz abgeschlossen haben, wurde jetzt die Ausschüttung der Einnahmen unter den Mitgliedern vorgenommen. Die hohen Ernten und großen Zucherträge, die dank der gemeinschaftlichen Arbeit der Mitglieder der Kollektivs erzielt werden konnten, ermöglichen schon im ersten Jahr des Bestehens der Erzeugergenossenschaften die Ausschüttung beträchtlicher Gewinne.

So wies z. B. das landwirtschaftlich-genossenschaftliche Kollektiv in Jaglak, Kreis Elk, das auf einer Fläche von 200 ha Wirtschaft, im vorigen Jahr einen Umsatz von 35 Millionen Zloty auf. Durch die Erzielung hoher Erträge beim Anbau von Industriepflanzen hat die Genossenschaft einen hohen Gewinn herausgewirtschaftet, trotzdem sie viele Investierungseinlagen vornahm, wie den Ankauf von Traktoren, Pferden und Kühen. Dieser Gewinn betrug mehr als 3,1 Millionen Zloty und der zur Verteilung kommende Gewinn — nach Abrechnung der im Statut vorgesehenen Beträge für verschiedene Fonds — mehr als 2,5 Millionen Zloty.



Thomas Münzer

Lage der Gesellen. Die Zünfte ließen damals schon keine Gesellen mehr in ihre Mitte. Sie verwandelten sich immer mehr in Lohnarbeiter. Zusammen mit den Tagelöhnern sowie auch mit den verarmten Stadtbewohnern bildeten sie in den Städten die Schicht der Plebejer, die, mit ihrer Lage unzufrieden, stets bereit waren, jede Bewegung zu unterstützen, die sich gegen die herrschenden Schichten richtete.

Am furchtbarsten jedoch war die Lage der Bauern. Auf ihnen lastete der ganze Schichtenbau der Gesellschaft: Fürsten, Adel, hohe Geistlichkeit, Beamte und Patrizier. Sie wurden überall wie Lasttiere behandelt, und schlimmer. Den größten Teil ihrer Zeit mußten sie als Leibeigene oder Hörige auf den Gütern der Feudalherren schuften und von dem, was sie in ihrer knappen Freizeit erwarben, zu der Kirche noch den Zehnten ein, der Fronherr seinen Zins und Gült, und dazu kamen noch das Reisgeld (Kriegssteuer) sowie die Landes- und Reichssteuern. Und wenn die Bauern dann, was oft geschah, Schulden machten, um ihre Zahlungen leisten zu können, fielen sie schließlich noch den Geldwucherern in den Städten in die Hände und wurden auch von diesen ausgebeutet. Die Bauern konnten nicht heiraten und nicht sterben, ohne dafür den Fronherrn zu zahlen, die ihnen die Gemeindewalden und Wäldungen gewaltsam weggenommen hatten. Sie mußten neben dem regelmäßigen Frondienst, für die Herren noch Streu, Beeren und Schneckenhäuser sammeln. Sie hatten den Herren das Wild vor die Füße zu treiben und mußten ruhig zusehen wie dieses ihre Ernten verwüstete. Und so wie die Herren über ihr Eigentum, verfügten sie willkürlich über ihre Person, ihre Frauen und Töchter. Sie maßten sich das Recht der ersten Nacht an. Sie warfen die Bauern in den Turm, ließen sie grausam foltern, töteten, köpften oder viertelten, gerade wie es ihnen beliebte. Niemand schützte die Bauern. Alle offiziellen Stände, die Fürsten und die Barone, die hohe Geistlichkeit und die Patrizier, die Beamten und die Richter, lebten ja von der Aussaugung der Bauern.

Mehrmals erhoben sich die Bauern gegen den furchtbaren Druck. Hauptsächlich in Süddeutschland kam es zu einer Reihe von Aufständen, so die Bewegungen des „Bundschuh“ (Sinnbild gegen den stiefeltragenden Adel) und des „Armen Konrad“. Aber aufgrund der Zersplitterung der Bauern blieben diese Aufstände alle örtlich beschränkt und wurden bald niedergeschlagen, ebenso wie der eine Art Adelsdemokratie anstrebende innerlich reaktionäre Aufstand des niederen Adels unter Führung des pfälzischen Ritters Franz v. Sickingen (1481 bis 1523), der bei der Belagerung seiner Feste Landstuhl fiel, und Ulrich von Hutten (1488—1523), der anderthalb Jahre vor Ausbruch des großen Bauernkrieges

Auch Deine Unterschrift für den Frieden!

Erste Zustimmungserklärungen zum Aufruf des Komitees der Kämpfer den Frieden

Freiburg. Schon aus den ersten Zustimmungserklärungen, die das Freiburger Komitee der Kämpfer für den Frieden auf seinen Aufruf zur Unterschriftensammlung für den Frieden bekam, ist ersichtlich, daß immer mehr Menschen die Notwendigkeit des aktiven Kampfes für den Frieden erkennen. Frauen, Männer und Jugendliche bekunden in nachstehenden Erklärungen, die uns das Freiburger Friedenskomitee zur Verfügung stellte, daß sie gewillt sind, beim Kampf um den Frieden aktiv mitzuarbeiten.

Der Betriebsratsvorsitzende des Bf. Freiburg, Knobloch, schreibt in seiner Erklärung an das Friedenskomitee:

„Die vor uns stehenden Betriebsratswahlen müssen zum Ausdruck bringen, daß sich die gesamte Arbeiterschaft darin einig ist, der Kampf um ihre Rechte mit noch größerer Energie zu führen. Ein gutes Beispiel, daß die Jugend in der Eisenbahngewerkschaft sich über die Bedeutung der Einheit der Werktätigen klar ist, zeigt ein Schreiben des Gewerkschaftsjugendleiters Kraus, Freiburg, der ausführt, daß sich die Betriebsjugendvertreter des Vertrauens aller Belegschaftsmitglieder würdig erweisen müssen und nur dann wenn die Betriebsjugendvertretung gut mit dem Betriebsrat zusammenarbeitet, die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Interessen der Jugend im Betrieb erfolgreich durchgesetzt werden können.“

Das Gleiche gilt auch für die Aktion der gesamten Jugendorganisationen um den 24-tägigen Urlaub. Als Betriebsrat werde ich deshalb meine ganze Kraft dafür einsetzen, das die Jugend ihr Recht erhält und die Eisenbahner meines Betriebes die Aktion unterstützen. Denn auch wir wissen, daß jeder Angriff auf die Rechte der Jugend ein Angriff auf alle Werktätigen bedeutet und wir solche Angriffe nur gemeinsam mit der Jugend abwehren können. Ueber die Forderung der Jugend hinaus werden wir deshalb alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um die Mindesturlaubsbestimmungen nicht nur zu halten, sondern zu erweitern.

Als Eisenbahner tragen wir auch eine große Verantwortung für die Erhaltung des Friedens. Mit der gleichen Entscheidung, wie wir längst in einer Gewerkschaftsversammlung uns mit den Salzgitter um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes kämpfenden Arbeitern solidarisiert, haben wir die Verpflichtung für den Frieden zu wirken. Wir müssen alles unternehmen um jeglichen Transport von Kriegsmaterial zu verhindern. Die Unterschriftenaktion für den Frieden, zu der das Komitee der Kämpfer für den Frieden für die Zeit vom 9. April bis 1. Mai aufruft, muß dazu beitragen, die Eisenbahner für diese große Aufgabe zu aktivieren.“

Der Kreisvorsitzende der FDJ Freiburg, Herbert Schmidt, erklärt in seiner Stellungnahme:

„Die Jugend Westdeutschlands steht heute im Kampf um die Erhaltung der notwendigen Grundrechte, die ihnen die Voraussetzungen geben soll für eine gesunde Entwicklung in die Zukunft. Sie kämpft um ein gerechtes Urlaubsgesetz, um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, um die Schaffung von Lehrstellen für die schulentlassenen Jungen und Mädchen, sowie um ein fortschrittliches Jugendarbeitsschutzgesetz.“

Die Erfolge, die sie in diesem Kampfe Schritt für Schritt erringt, werden aber nicht ihr endgültiges Ziel erreichen, wenn sie nicht zugleich den Kampf führt gegen jede Bestrebungen und Vorbereitungen zur Herstellung kriegsdienstlicher Mittel, die letzten Endes zu einem neuen vernichtenden Kriege führen. Die Freie Demokratische Jugend Freiburgs wird es darum als ihre Verpflichtung ansehen, sich in die Aufgaben und Bestrebungen des Komitees der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland einzuschalten und ist entschlossen, das Komitee mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften

aktiv zu unterstützen. Sie wird die gesamte Jugend auffordern, sich diesem Kampfe anzuschließen, um zu verhindern, daß die kriegstreibenden Kräfte des In- und Auslandes nicht einen deutschen Jungen und ein deutsches Mädchen für ihre verbrecherischen Ziele mißbrauchen können. Kein deutscher Jugendlicher darf sich an einem neuen Völkermord beteiligen.“

Das Freiburger Frauenfriedenskomitee schreibt zu dem Aufruf zur Mitarbeit im Kampf um den Frieden:

„Auch in Freiburg haben sich friedliebende Frauen aller Kreise zusammengefunden, um ihrem Willen für den Frieden Ausdruck zu verleihen. Dies drückte sich in der Unterschriftensammlung vergangenen Jahres aus, als sich Tausende Freiburger Frauen durch ihre Unterschrift eindeutig gegen die Herstellung von Atomwaffen und Kriegsmaterialien wandte.“

Aus Anlaß des diesjährigen 40. Internationalen Frauentages stellten sich die Frauen die Aufgabe, diesen Tag ebenfalls in den Dienst des Friedens zu stellen. Tausende von Karten an die Adresse Adenauers wurden verkauft und wiederum von Tausenden von

Frauen unterschrieben, die gegen die Remilitarisierungspläne Adenauers und seiner Auftraggeber, sowie die Kriegsvorbereitungen bei uns in Westdeutschland Front machten.“

Im Anschluß an diese Kampagne fand in Freiburg eine öffentliche Veranstaltung des Freiburger Friedenskomitees statt, die einen sehr guten Besuch zu verzeichnen hatte und worin die Frauen abermals ihren Willen dokumentierten, nicht nur vom Frieden zu reden, sondern mit aller Kraft auch für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.“

Aus diesem Grunde begrüßen wir auch die Bestrebungen des Komitees der Kämpfer für den Frieden, die sich mit einer Unterschriftensammlung an alle Kreise der Bevölkerung wendet und in einem besonderen Aufruf alle Kräfte für den Frieden anspricht. So erklären wir Frauen uns mit den Bestrebungen der Kämpfer für den Frieden völlig einig und werden alle Bevölkerungskreise für diese Aufgabe mobilisieren.“

Wir wünschen den Kämpfern für den Frieden für ihre Arbeit einen guten Erfolg und versichern Ihnen unsere volle Unterstützung.“

Vernichtende Folgen für die Landwirtschaft

Südbadische Bauern gegen Knebelung durch den Marshall-Plan

Rastatt. (Bauernkorrespondent.) Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Rastatter Obst- und Gartenbauvereins brachte der Landwirtschaftsrat Kleindinst, der über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Obstbaus referierte, zum Ausdruck, daß der Marshallplan für die Bauern vernichtende Folgen habe. Auch auf der letzten Versammlung des badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Ortsverein Löffingen wandten sich die Bauern gegen die Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Schill, der ihnen etwas von der „Sonne des Marshallplans“ vorzuzählen wollte und erklärte in ihren Ausführungen, daß der Marshallplan und die sogenannte Liberalisierung der Wirtschaft unabsehbare Folgen für die Landwirtschaft habe.

Während in Westdeutschland in den letzten Monaten 100 000 Zentner Äpfel nicht abgesetzt werden konnten und beim Bauern verderben, werden auf Grund uns aufzugesungener „Lieferverträge“ Apfelsinen, Bananen und andere Südfrüchte in großen Mengen nach Westdeutschland eingeführt. Indessen die deutschen Weinbauern, und unter ihnen auch unsere südbadischen Winzer, ihren Wein nicht verkaufen können, werden aus anderen Ländern Weine nach Westdeutschland importiert. Der deutsche Wein-

export dagegen ist infolge der Kolonialfesseln gleich Null.

Die schon vor einem Jahr angekündigte Getreideschwemme zeigt jetzt ihre verderbliche Auswirkung. Minderwertiges USA-Getreide wird zu hohen Preisen eingeführt, während das Getreide des deutschen Bauern liegen bleibt. Genau so ist der Zuckerrübenanbau durch die Zwangseinfuhr von schlechtem, minderwertigem Kuba-Zucker gefährdet.

Untragbar ist die klaffende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten. Hier zeigt sich deutlich, wie die ausländischen Monopolisten, die einerseits versuchen, durch Zwangseinfuhr die deutsche Landwirtschaft lebensunfähig zu machen, andererseits bestrebt sind, die ihnen gefährliche Industrie aus Konkurrenzgründen zu zerschlagen. Watenstedt-Salzgitter zeigt am deutlichsten, wie weit die ausländischen Kolonialherren gehen. Die Demontage wertvollster Amaturen in der badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen hat zur Folge, daß die deutsche Stickstoffindustrie konkurrenzunfähig gemacht wird.

Wie auch aus dem letzten Bericht des südbadischen Landwirtschaftsamtes hervorgeht, ist der deutsche Landwirt durch die hohen Steuern und die Soforthilfeabgaben schon jetzt nicht mehr in der Lage, den erforderlichen Kunstdünger zu kaufen. In kurzer Zeit schon werden sich die Demontagen in der Stickstoffindustrie dahingehend geltend machen, daß unsere Bauern die von den ausländischen Monopolisten diktierten hohen Preise für den Stickstoff zahlen müssen.

Es gibt nur einen Weg, der im Interesse der Erhaltung der westdeutschen Landwirtschaft gegangen werden kann. Gemeinsam mit allen Werktätigen in Stadt und Land müssen unsere Landwirte den Kampf gegen das Besatzungsstatut und die verderbliche

Kolonialpolitik in Westdeutschland führen. Sie müssen die Freigabe des Handels in deutsche Hand fordern. Im Kampf um den Frieden müssen sie sich den Friedenskomitees anschließen, den Abzug der Besatzungstruppen fordern und an der Schaffung einer gesamtdeutschen Demokratischen Republik mitarbeiten. Die Einsparung von 4 Milliarden DM an Besatzungskosten in jedem Jahre gibt uns die Möglichkeit, auf ausländische Zwangskredite, die der deutschen Landwirtschaft nur Fesseln anlegen, zu verzichten.“

Solidarisch mit 7 Patrioten

Stuttgart. Der Landesvorstand der Freien Deutschen Jugend in Württemberg-Baden sandte ein Schreiben an die sieben jungen Deutschen, die von einem britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Darin heißt es u. a.:

„Wir sind stolz auf Euch, weil Ihr den Mut und die Haltung gezeigt habt, den das ganze deutsche Volk zeigen muß, um sich seine nationale Einheit und Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Euer Vorbild wird die Jugend unseres Landes zu neuen Kraftanstrengungen im Kampf um ein einiges und freies Deutschland anspornen. Aus diesem Grunde werden wir alles einsetzen, um das Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin zu einem gewaltigen Schritt vorwärts in diesem Kampf zu gestalten. Wir grüßen Euch in brüderlicher Solidarität und in der gemeinsamen Gewißheit, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo aufrechte Deutsche nicht mehr verfolgt und unterdrückt werden.“

Soldatenhonorar milde bestraft
Stuttgart. (Iwb). Im Prozeß gegen Eugen Boger und fünf weitere Angeklagte, die sich wegen der Erschießung des Volkssturmmannes Soliger im Steinbruch bei Neuffen zu verantworten hatten, hat das Stuttgarter

Offenburg. Am Samstag, 8. April, vorm. 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ die nächste Kreiskonferenz statt. Wir bitten unbedingt um pünktliches Erscheinen.

Lörrach. Dienstag, 11. April, abends 20 Uhr, fahren wir mit unseren Schulungsabenden auf dem Kreissekretariat fort. Thema: „Die Gewerkschaften und die Kommunisten.“ Wir machen unsere Genossen aus den Betrieben und Gewerkschaften darauf aufmerksam, daß der Abschnitt 2 der Resolution der 15. Tagung des PV „Die Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter“ behandelt wird.

Emmendingen. Montag, 10. April (2. Osterfeier), vorm. 8.30 Uhr, findet in Emmendingen, Hebelstraße 1, eine wichtige Parteiarbeiterkonferenz statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Wir gratulieren
Legelshurst. Unser treuer Zeitungsträger Jakob Stahl feiert am Ostermontag seinen 72. Geburtstag. Unseren herzlichsten Glückwunsch. Gleichzeitig gratulieren wir noch nachträglich seiner Frau Barbara Stahl, die am 28. März 66 Jahre alt wurde.

Postgewerkschaft Wolfach tagte
Wolfach. Bei gutem Besuch fand dieser Tage in der „Fortuna“ die Hauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft, Ortsverwaltung Wolfach, statt. Nach einem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Fr. Moosmann und dem Bericht des Kassierers August Moosmann fand die Neuwahl des Gesamtvorstandes statt, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Fr. Moosmann, Wolfach; 2. Vorsitzender Leo Schönbrod, Wolfach; Schriftführer Haas, Schiltach; Kassier Aug. Moosmann, Wolfach. Beisitzer: Bühler, Haussch, und Bartmann, Hornberg; Kassenprüfer wurden Gütle, Hornberg, und Gabelmann, Schiltach.

Zwölf Räume für zwei Personen

Konstanz. (Volkskorr.) Durch die Beschlagnahme eines unverhältnismäßig hohen Teils des Konstanzers Wohnraums durch die französische Besatzungsmacht ist eines der brennendsten Probleme, das zur Zeit in Konstanz steht, die Beschaffung von Wohnraum für die Konstanzener Bevölkerung.

Es gibt eine Reihe von Beispielen unbeschreiblicher Raumnot in Konstanz. Wir kennen Verhältnisse, wo Mütter mit tuberkulösen Kindern in halbdunklen, nassen Räumen hausen. Es gibt Ehepaare mit Kindern und Großeltern, in einem einzigen Zimmer leben. Wir waren in städtischen Übernachtsheimen, wo 50 und mehr schlafen müssen. Greifen wir einen typischen Fall aus der anderen Seite heraus.

In der Eichhornstr. in Konstanz, in einer schloßartigen Villa am See, wohnt Herr von Scholz, von Beruf Schriftsteller. In den 17 Räumen der Villa werden 3 Räume von einer Familie, ein Mansardenraum von 2 Dienstmädchen, ein Raum von einem Gärtner und 12 (in Worten zwölf) Räume von Herrn von Scholz und seiner Ehefrau bewohnt.

In den ersten Monaten nach 1933 beilegte sich Herr von Scholz, ein schwülstiges Treuegelöbnis an den Führer zu unterschreiben, das uns im Wortlaut vorliegt. Nach 1945 erhielt Herr von Scholz von der Besatzungsmacht ein Schreiben, das ihn gegen jede unerwünschte Belegung seines Hauses schützte und noch schützte. Welchen Verdiensten dieser prominente Herr, der sämtliche Bewegungen und Systeme von der wilhelminischen Zeit bis heute rühmlich und anpassungsfähig überstanden hat, eine so außerordentliche Bevorzugung zu verdanken hat, ist uns leider nicht bekannt. Sein Verhalten gegenüber dem Opfer des Nazi-Regimes wirft allerdings kein gutes Licht auf ihn. Auch die gnädigst aufgenommene Familie

ist solchen Schikanen ausgesetzt, daß sie alle Hebel in Bewegung setzt, um so rasch wie irgend möglich das unangstliche Feld räumen zu können. Den weiblichen Angestellten dieser Familie ist es z. B. verboten, das Treppengeländer (einer Wendeltreppe) zu benutzen. Der Gärtner, ein heimatloser KZ-ler, sah in seiner Bedrängnis keinen anderen Ausweg, als sich täglich zur Wehr zu setzen. Er wird sich dieser Unbesonnenheit wegen noch vor Gericht zu verantworten haben, was uns Gelegenheit geben wird, die Angelegenheit noch näher zu beleuchten. Vielleicht kommt bei dieser Gelegenheit auch ans Tageslicht, warum Herr von Scholz von der Besatzungsmacht würdig befunden worden ist, zwölf Räume zu bewohnen, während die Konstanzener Bevölkerung, wie die Heringe zusammengepreßt, leben muß.

Die Polizei meldet
Lörrach. Festgenommen wurden je eine Person wegen Kindesentführung, Betrug, Notzucht, Landstreicherei und 2 Personen wegen unerlaubten Grenzübertretens. Außerdem wurde eine Person, die von einer auswärtigen Behörde ausgeschrieben war, ermittelt und festgenommen.

Angezeigt wurden je eine Person wegen Urkundenfälschung, falscher Anschuldigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Erregung öffentlichen Aergernisses, wegen Vergehens gegen die Steuergesetze, Falschheits und sonstige Vergehen, je 2 Personen wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz, Beleidigung, Verletzung der Unterhaltspflicht, Urkundenfälschung und unerlaubten Grenzübertretens, je 5 Personen wegen Vergehens gegen das Personenbeförderungsgesetz und Betrugs, je 7 Personen wegen Körperverletzung und Hehlerei, 25 Personen wegen Diebstahls und 32 Personen wegen Betrugs.

Eine Ehrenpflicht

„Das Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland hat in einem Aufruf an alle, die den Frieden wollen“ zu einer Unterschriftensammlung für den Frieden aufgerufen. Millionen von Unterschriften sollen ein machtvolles Bekenntnis für den Frieden, gegen jede Art von Remilitarisierung, gegen die Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben, gegen die Herstellung und den Transport von Rüstungsmaterial ablegen.“

Das Sekretariat des Parteivorstandes hat zu diesem Aufruf Stellung genommen und beschlossen, die ganze Kraft der Kommunistischen Partei in den Dienst der Unterschriftensammlung zu stellen.

Das Sekretariat des Parteivorstandes verpflichtet die Leitungen und die Mitglieder der Partei, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, das „Komitee der Kämpfer für den Frieden“ bei der Durchführung der Unterschriftensammlung zu unterstützen. Jedes Mitglied unserer Partei muß es als Ehrenpflicht betrachten, an der Spitze der Kämpfer für den Frieden zu stehen.

Jeder Deutsche muß für die Unterschriftensammlung gewonnen werden. . . . Aus einer Erklärung des Parteivorstandes

Wer will nach Berlin?

Der vorbereitende Ausschuß für das Deutschlandtreffen des Kreises Lörrach, bittet alle Jungens und Mädels sowie Interessenten, welche Pfingsten 1950 zum Deutschlandtreffen nach Berlin fahren wollen, sich an folgende Adressen zur Einzeichnung zu wenden:

- | | |
|-------------|--|
| Brombach: | Falk, Dieter, Schloßstraße 8 |
| Grenzach: | Riva, Josef, Jericho 7 |
| Haltingen: | Währen, Robert, Hermann-Wähler-Str. 24 |
| Haagen: | Cappell, Johann, Tumringerstraße 38 |
| Hauingen: | Herter, Georg, Steinstraße 1 |
| Lörrach: | FDJ-Gruppe, jeden Donnerstagabend im Haus der Jugend, 20 Uhr, oder bei Jugendfreund Emil Schneckenburger, Bahndamm 6 |
| Steinen: | Schneider Fritz, Kandener Straße 12 |
| Schopfheim: | Schneider, Fritz, Kandener Straße 41 |
| Weil: | Schrempf, Franz, Kandener Straße 41 |
| Wyhlen: | Hauser, Georg, Kirchstraße 52 |
| Zell: | Rümmele, Edmund, Belchenstraße 2 |

Interessenten erhalten bereitwillig Auskunft über Fahrpreis, Fahrdauer der Reise und sonstige Bedingungen! Die Fahrt wird voraussichtlich mit Autos ausgeführt.

Berlin wird Pfingsten für alle Teilnehmer ein unvergeßliches Erlebnis bedeuten. Wir rufen auf!

„Macht Berlin zu Pfingsten zum Symbol der Einheit unseres Vaterlandes.“
Der vorbereitende Ausschuß für das Deutschlandtreffen des Kreises Lörrach

Feuer wird vom Sturm entfacht

Als die vierte Nacht im Verblässen war, erblickte Krylow durch das dicke Regennetz in der Ferne Soldaten.

„Nun, Hauptmann, geben Sie Ihre Befehle.“ Es bedurfte keiner Befehle, denn es waren Rotarmisten. Krylow sah sich um: auf dem Tisch standen Speck, Honig, Milch. Wunder über Wunder! Aber er saß nicht, warf sich wie er ging und stand, in ein breites Bett, und schlief bis in den Nachmittags hinein. Dann sprang er auf und lief zu den Verwundeten. Im Laufem glättete er sein schütteres, aber widerspenstiges Haar.

Am Abend sagte er zu Major Schwelow: „Kessel . . . ich frage Sie, sind denn die Deutschen nicht eingekesselt? Alles kesseln sie ein, unsere Truppen, die Bewohner, die Wälder. Natürlich ist es eine Schweinerei, daß wir zurückgehen müssen. . . Der Kommissar sagt, das liegt nur an den Panzern, an den Flugzeugen. Ich weiß es nicht, ich bin kein Stratege. . . Aber ich meine, daß es auch am Verstand liegt. Die Deutschen kennen doch nichts anderes als diesen Klamauk, sie marschieren ja schon von den Windeln an. Wir haben aber von anderem geträumt. . . Macht nichts, wir werden es schon lernen. Sie sind im Rausch zu uns gekommen, nachdem sie sich am französischen Sekt vollgesoffen haben. Haben sie etwa in Frankreich gekämpft? Dort hat es keinen richtigen Widerstand gegeben. Ein Ingenieur, der dort war, hat mir erzählt, das Volk ist tapfer, doch hat es schlapp gemacht. Politik. . . Ich habe da einen Haupt-

mann getroffen. Ich glaube, Sutschkow ist sein Name. . . . Seinen Truppenteil hat er verloren, das ist natürlich schlimm, aber Leute hat er trotzdem gesammelt, sie haben sich selber durchgeschlagen, haben das Lazarett herausgeholt. Warum? Weil er Kommunist ist, weil er sich Gedanken macht. Diese Hengste marschieren und denken nicht. Gut, sie haben eine Armee. Eine Armee haben wir auch. Aber was ihnen fehlt, das liegt tiefer, das bedeutet: auch einer allein vermag viel. Wenn ich keinen Kommandeur neben mir habe, so habe ich doch einen Kommandeur im Kopf. Ich kann Stalin Tag und Nacht hören, wenn ich wirklich Kommunist bin. . . .

Wissen Sie, Genosse Major, wir haben vier Deutsche aufgefressen. Die dachten, ich würde sie kastrieren, diese Idioten! Dabei haben wir sie gerettet, nicht, weil sie das verdient haben, sondern weil wir Kommunisten sind, das bedeutet schließlich etwas. . . Na gut, wenn Sie einen Schnaps haben, trinke ich mit, ich bin noch nicht richtig warm geworden.“

Als Krylow nachts seinen Rundgang beendet hatte, setzte er sich auf die Stufen des Hauses, steckte sich eine Zigarette an.

In der Nähe saß ein Pärchen, das ihn nicht bemerkte hatte. Der Soldat redete auf das Mädchen ein. Sein Füstern war deutlich zu hören. „Wir räumen Städte, sprengen Brücken, du aber wehrst dich.“

„Die Städte werden ihr zurück-nehmen. Ich aber will noch glücklich sein, ich habe einen Bräutigam im Feld.“

Krylow war gerührt; nur mit Mühe hielt er sich zurück, um nicht aufzuspringen dieses Mädchen zu umarmen. Das sind Menschen! Er mußte an Natascha denken und lächelte — ein prächtiges Mädchen!

Dann dröhnten lange die Bomber, die Flak bellte, in der Nähe explodierte eine Bombe. Krylow aber saß, in Gedanken versunken, auf den Stufen, er dachte an Natascha, an das fremde Mädchen, den Hauptmann (wie war doch nur sein Name? Ich habe es vergessen), dachte verschwommen an das große, unbesiegbare Volk.

Lisa sagte zu Boris: „Du sollst ein Romantiker sein, stimmt das?“ Borja winkte ab: „Dummheiten! Sieh dir nur mal an, wieviel Brei ich verputze. . . . Nein, im Ernst, was bin ich für ein Romantiker? Die Romantiker wollten, alles sollte bei ihnen besonders sein. Will ich denn das? Das Leben wurde besonders, das stimmt aber doch nicht nur bei mir, sondern auch bei dir, bei Strishow, bei allen. Ich habe mich nach etwas ganz anderem gesehnt, wenn du's wissen willst, nach etwas Einfachem, viel Prosaischerem. Nie habe ich's mir einfallen lassen, daß ich einmal Eisenbahnzüge sprengen müßte. Ich hatte eine Bekannte in Kiew, ein erstes Mädchen, sie studierte Literatur, jetzt aber lebt sie illegal und tippt Flugblätter. Was hat das mit Romantik zu tun? Ich habe mich weder in den Mond verliebt, noch duelliert noch auf Tiger geschossen. Höchstens auf einen Feldwibel. . . . Es kommt ja auch gar nicht darauf an, Ein Jammer ist's, daß wir so wenig tun können. Jetzt darf man nur

für eines leben, wie die in Stalingrad. . . . Ich muß immerzu daran denken, wie dort gekämpft wird! Weißt du, Stalingrad recht fertig nicht nur das Land oder die Epoche, — es reicht fertig den Menschen. . . . Ich werd' mich mal bei Gruschko erkundigen, was Moskau sagt.“

Mai 1945. Scheinwerfer spielen am Himmel. Irgendwo, hoch oben, in den Wolken flatterte plötzlich eine rote Fahne. Unten, in den Straßen aber, lärnte die Menge.

Wajša küßte Natascha, riß sich plötzlich los und dachte: wie in Minsk. . . . Was lag denn zwischen beiden Nächten? . . . Er sah Natascha an. Wie schön sie geworden war. Und anders. . . .

Eine Stunde verging. Es war noch dunkel. Sie wußten schon, daß es keiner langen Erklärungen bedurfte, keiner Prüfung der Gefühle — sie hatten einander gefunden, hatten die Lippen, die Gedanken, das Muttermal das Lächeln erkannt.

„Weißt du, Natascha, warum wir uns so leicht wiederfinden haben? Wir waren die ganze Zeit über zusammen, jetzt weiß ich es.“

„Warum erzählst du nichts? Hast du Angst, daß ich dich nicht verstehe?“

„Nein, ich weiß, daß du mich verstehst. Ich werde auch erzählen. . . . Später. . . . Etwas ist heute zu Ende gegangen. Ich dachte im Fluze zu daran. . . . Morgen ist der 10. Mai ein gewöhnlicher Tag, vielleicht wird sich im Leben nichts verändern. Und doch wird sich alles ändern. Glaubst du, ich kann diese Jahre vergessen? Niemals. Weder die Menschen, noch den Wald, noch die Sehnsucht

Jetzt aber denke ich an etwas anderes: was wird morgen sein?“

„Ich habe dir geschrieben, als du im Kessel warst, sprich mit dir.“

„Ich hab' es gefühlt. Deshalb fanden wir uns auch wieder. Als wir uns trennten, waren wir zwei Kinder. Jetzt haben wir einen Sohn. . . . Ich bin anders geworden und auch du. Aber ich liebe dich mehr denn je. . . .“

„Wajša! . . . Wasseka!“

„Es heißt, großes Feuer wird vom Wind entfacht.“

„Die Liebe?“

„Alles, auch die Liebe. Das Leben. Das Volk. . . . Im Flugzeug dachte ich: wie ist das Volk doch gewachsen, wie groß ist es jetzt. Sein Leid, sein Stolz, sein Weg. . . .“

Sie traten ans Fenster. Der Morgen brach an. Die Straßen lagen verlassen in mattrosa Licht getaucht standen die Häuser. Es war sehr still, nur im Nachbargarten schloßten die Spatzen. Ungewohnt war diese Stille — nach dem Sturm, den Salven, den Rufen und Tränen. Sie konnten nicht mehr sprechen, blickten sich auch nicht an. Sie standen anblickend geschmeigelt. Wajša hielt in seiner anderen heißen Hand Nataschas Hand. Sie sahen auf die Häuser im Morgenrot, auf den überhellen, weiten Himmel, doch vielleicht sahen sie auch nichts, vielleicht läuschten sie nur der Stille des frühen Morgens. Und plötzlich zwackten beide: jemand lachte — der kleine Wajša war aufgewacht.

(Ausschnitt aus dem großen Werk des sowjetischen Schriftstellers Jilj Ehrenburg: „Der Sturm“, erschienen in Verlag „Volk und Welt“, Berlin.)